

Riskantes Spiel für Holland

Konservative müssen mit Rechtspopulisten koalieren, um diese zu demontieren **VON JOACHIM ZEPELIN**

Als Jan Peter Balkenende am Mittwochabend in einem Café im Zentrum von Den Haag seinen unerwartet deutlichen Sieg bei den niederländischen Parlamentswahlen feierte, zeigte er nur in wenigen Augenblicken offene Begeisterung über seinen Erfolg. Der 46-jährige Christdemokrat ließ sich von einer Kamera zur nächsten schieben und betonte mit ernstem Gesichtsausdruck, wie wichtig es sei, schnell eine stabile Koalition zu bilden.

Das scheint nach dem Wahlausgang eine kaum zu lösende Aufgabe für den jungen Parteiführer Balkenende. Die Kernfrage der Regierungsbildung lautet: Soll die Liste des ermordeten Rechtspopulisten Pim Fortuyn (LPF) an einem Bündnis beteiligt werden oder nicht? Beide möglichen Antworten scheinen gleichermaßen unbequem.

Sollte sich Balkenende für die LPF entscheiden, wird die Koalition zur Fahrt ins Ungewisse. Nach dem

die LPF besetzen, allerdings mit externen Kandidaten aus der Wirtschaft. Das könnte die Koalitionsverhandlungen für Balkenende vereinfachen, denn sie werden sich weniger um programmatische Differenzen drehen als um Namen für Ministerposten.

Schon bei der Koalitionsbildung im Rotterdamer Rathaus habe sich Fortuyn außerordentlich pragmatisch verhalten und in vielen Punkten nachgegeben, berichtet der dortige Vermittler, der Politikwissenschaftler der Erasmus Universität, Rinus van Schendelen. Daran knüpft auch Balkenende seine Hoffnung – auch ohne einen Fortuyn.

Der Vorteil einer Regierungsbeteiligung der LPF wäre zudem, dass die aufgewühlte Stimmung in den Niederlanden zunächst ihr Ventil finden könnte. Mehr als anderthalb Millionen der neun Millionen Stimmberechtigten wählten die LPF. Diese nach der Ermordung Fortuyns

emotional aufgeladenen Wähler lassen sich nicht ignorieren, ohne der LPF vollends die von allen Rechtspopulisten geschätzte Opferrolle zuzuweisen. Die Proteststimmung und die Spaltung der Gesellschaft würden dadurch nur noch größer werden.

Die Alternativen für Balkenende wären eine große Koalition mit Rechtsliberalen und den vom Wähler brutal abgestraften Sozialdemokraten – oder gar eine Linksinregierung mit Sozialdemokraten und Grünen. Nach dem deutlichen Rechtsruck vom Mittwoch wäre eine solche Regierung jedoch weit entfernt vom Wählerwillen. Die Unzufriedenheit der Niederländer mit ihren Politikern würde zunehmen, Populisten bekämen weiteren Zulauf. Darum bleibt für Balkenende kaum eine andere Option als das ungeliebte Bündnis mit der LPF.

Dabei kann er still auf die inneren Zersetzungskräfte der Fortuyn-Liste hoffen. Die werden in der Regierungsverantwortung viel wirkungsvoller sein als in der Opposition, wo die Partei die Opferrolle spielen würde. Zudem werden sich die unerfahrenen und zerstrittenen Rechtspopulisten nur so auch vor ihren eigenen Anhängern gründlich blamieren – und damit für die nächsten Wahlen geschwächt sein.

DAS ZITAT DES TAGES

„Jetzt reicht es aber mit den Erfolgen von Rechtspopulisten und Ultrakonservativen in Europa“

Franz Müntefering, SPD-GENERALSEKRETÄR, zum Abscheiden der Liste Pim Fortuyn bei den Parlamentswahlen in den Niederlanden

IMPRESSUM

Die **Financial Times Deutschland** ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen

Financial Times Deutschland Redaktion Hamburg Stubbenhuk 3, 20459 Hamburg Tel.: 040/31990-0, Fax: -310 Redaktion Frankfurt Nibelungenplatz 3 60318 Frankfurt/Main Tel.: 069/153097-0, Fax: -50 Redaktion Berlin Friedrichstraße 71, 10117 Berlin Tel.: 030/22074-0, Fax: -150 www.ftd.de E-Mail: leserservice@ftd.de ISSN 1615-4118	Verantwortliche Redakteure im Sinne des Presserechts sind die Vorgesetzten als solche genannten Redakteure für ihren Bereich, im Übrigen die Chefredaktion. Redaktionssitz des Ressorts Politik ist Berlin, des Ressorts Finanzen Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg. Industrie + Dienstleistungen: Dr. Alexandra Borchardt, Olaf Preuß Informationstechnologie/Medien: Guido Warlimont Deutsche Politik/Wirtschaftspolitik Peter Ehrlich, Margaret Heckel Ausland: Kathrin Hille, Wolfgang Proissl EU-Politik: Thomas Klau Markte und Finanzen: Ina Bauer Finanzdienstleistungen: Rolf Lebert Das Kapital: Jörg Berens Lektorat: Jan Lehmhaus Übersetzungen: Volker Bormann Verlag: Financial Times Deutschland GmbH & Co KG, vertreten durch den Geschäftsführer Michael Rzesnitzek Geschäftsführer: Michael Rzesnitzek Verlagsleiter, stellv. Geschäftsführer: Christoph Rütth Anzeigenleiter: Jürgen Maukner (verantwort.) Gesamtleiter Electronic Media: Dr. Christoph Weger Verlagsleiterin Editionen: Julia Jäkel Leiterin Marketing: Tanja Madsen Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Susanne Jesche Vertrieb Deutschland: Gruner+Jahr AG & Co Fachbereich Vertrieb Leitung: Kay Helmecke 20444 Hamburg	Vertrieb International: Deutscher Pressevertrieb GmbH, Postfach 101606, 20010 Hamburg, Tel.: 040/237110 Anzeigenabteilung: Tel.: 040/31990-224, Fax: -214 E-Mail: media@ftd.de Anzeigen-/Druckunterlagen-Schluss zwei Werktage vor Erscheinen, 16 Uhr Abobestellung Deutschland und übriges Ausland: Financial Times Deutschland Kundenservice, Postfach 57 01 59, 22770 Hamburg Tel.: 01802/81 82 83*, Mo. bis Fr. 7 bis 20 Uhr, Fax: 01802/81 82 84* * DM 0,12 pro Anruf bzw. Fax; www.ftd.de/abo , E-Mail: abo@ftd.de Abopreise Inland (inkl. MwSt.): € 28 pro Monat, € 324 pro Jahr, Studenten, Wehrpflichtige und Zivil-dienstleistende gegen Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung: € 14 pro Monat, € 162 pro Jahr Abobestellung Österreich: Tel.: 0800/201144 (aus Österreich) Abobestellung Schweiz: Tel.: 0800/83 44 44 (aus der Schweiz) Abobestellung Luxemburg: Tel.: 499 888 308 (aus Luxemburg) Nachdruckrechte/Syndication: Tel.: (+49)-40-319 90 381 Erscheint bösrenttäglich montags bis freitags Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; G + J Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin
---	--	---

A B H M

Fiskalpolitik besser abstimmen

Für eine erfolgreiche Koordination der Haushaltspolitik in der EU müssen bestehende Instrumente reformiert werden – sonst drohen Wachstumsverluste und Politikverdrossenheit **VON STEFAN COLLIGNON**

Im Auftrag der europäischen Staats- und Regierungschefs legte EU-Kommissar Pedro Solbes den Finanzministern letzte Woche einige Ideen vor, die ihm harsche Kritik einbrachten. Stein des Anstoßes sind vor allem seine Vorstellungen zur fiskalpolitischen Koordinierung in der Euro-Zone.

Eine bessere Abstimmung der nationalen Politiken ist aber unabdingbar. Seit Beginn der Europäischen Währungsunion haben es die nationalen Regierungen wiederholt versäumt, sich rechtzeitig auf ein einheitliches Vorgehen in wirtschaftlich schwierigen Situationen zu einigen. Als der Ölpreis anstieg, drehte jede Regierung auf andere Weise an der Steuerschraube. Statt geschlossen aufzutreten, beugte man sich dem Druck der Straße. Auch Einkommensteuerreformen wurden ohne Rücksprache mit den europäischen Partnern und ohne Rücksicht auf die Folgen für andere Länder verabschiedet.

Die Debatten über die Brüsseler blauen Briefe an Irland, Deutschland und Portugal haben schließlich gezeigt, dass bei weitem keine Einigkeit darüber besteht, wie man haushaltspolitisch auf eine Konjunkturüberhitzung oder einen Wachstumsrückgang reagieren sollte. Angesichts eines derart konfusen Umfelds verwundert es nicht, dass sich die Europäische Zentralbank mit Zinssenkungen schwer tut. Europa bezahlt dafür mit einer steigenden Arbeitslosigkeit.

Zu Recht mahnt Solbes daher immer wieder eine bessere politische Koordination an. In der Pra-

xis sind seine Befugnisse aber begrenzt. Die Kommission kann Haushaltsdefizite im Auge behalten und Vorschläge für eine kohärente Gestaltung wirtschaftspolitischer Maßnahmen vorlegen. Ob diese umgesetzt werden, entscheiden allerdings die nationalen Regierungen. Nationale Bürokraten, die gerne alles eliminieren, was dem Ansehen des eigenen Ministers schaden könnte, verändern regelmäßig die „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“, eines der wichtigsten Koordinationsinstrumente. Derselbe Geist herrscht bei der Erstellung der nationalen Stabilitätsprogramme.

Die Kommission schlägt deshalb vor, diese Instrumente aufzuwerten, indem man ihren Empfehlungen verbindlichen Charakter verleiht. Außerdem soll die Gesamtverantwortung bei der Kommission liegen. Einige dieser Vorschläge betreffen lediglich das politische Tagesgeschäft. Andere gehen aber darüber hinaus und richten sich an den Europäischen Konvent, der bis Ende nächsten Jahres eine europäische Verfassung erarbeiten soll.

Die Vorschläge haben zu einem Sturm der Entrüstung bei den nationalen Finanzministern geführt. Sie verteidigen ihre Kompetenzen und verweisen auf die Autonomie ihrer Parlamente. Der irische Finanzminister Charlie McGreevy warnte davor, dass ein Fortschritt der Integration zu einer europafeindlichen Stimmung

führen könnte. Sein deutscher Kollege Hans Eichel meinte dazu: „Wir brauchen weniger gemeinsame Regeln und mehr gemeinsames Denken.“

Recht hat er. Gemeinsames Denken ist aber nicht nur hinter den verschlossenen Türen der Eurogruppe oder des Wirtschaft- und Finanzausschusses gefragt, sondern in der gesamten Bevölkerung. Damit stellt sich die Frage nach der europäischen Demokratie. Dem Austausch von Informationen und Argumenten und der Möglichkeit, über verschiedene Optionen abzustimmen, kommt entscheidende Bedeutung zu. Ein gemeinsames europäisches Denken wird sich nur entwickeln, wenn die europäischen Bürger an politischen Debatten teilhaben können.

Üblicherweise beziehen Regierungen eben aus dieser aktiven Beteiligung der Bürger ihre Legitimation. Mehrere französische Regierungen haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Euro-Zone eine „Wirtschaftsregierung“ benötigt. Leider denken sie hinsichtlich der Wahrnehmung dieser Funktion vor allem an sich selbst. Tatsächlich kann aber nur eine neutrale Instanz diese Aufgabe erfüllen – eine Organisation wie die Europäische Kommission, die zudem über die Ressourcen verfügt, um die wirtschaftliche Situation der einzelnen Mitgliedsstaaten und deren Auswirkungen auf die gesamte Region zu beurteilen. Da-

her muss die Kommission die Rolle der „Wirtschaftsregierung“ übernehmen.

Zu diesem Zweck muss sie allerdings stärker demokratisch legitimiert werden. Das kann etwa dadurch geschehen, dass sie Pläne und Vorschläge dem Europäischen Parlament und auch dem Rat – als der zweiten legislativen Kammer – zur Beratung und Abstimmung vorlegt. Der politische Output wäre dann nicht mehr das Produkt einer gesichtslosen Bürokratie, sondern das Ergebnis eines gemeinsamen europäischen Denkens, personifiziert durch gewählte Europaabgeordnete, die ihren europäischen Wählern ebenso verpflichtet sind wie nationale Politiker ihren nationalen Wählern.

Die Details solcher Vereinbarungen müssen durch den Europäischen Konvent unter Vorsitz von Valéry Giscard d'Estaing geregelt werden. Es wäre allerdings schon ein erster Schritt, wenn sich die Kommission und die europäischen Finanzminister darauf einigen könnten, sich zukünftig nicht mehr hinter verschlossenen Türen abzustimmen, sondern das EU-Parlament jetzt schon stärker einbeziehen.

Die Bürger würden von solchen Reformen profitieren. Wenn sie sich allerdings gegen die Interessen und Ansprüche der nationalen Bürokraten durchsetzen wollen, müssen sie ihrer Stimme Gehör verschaffen.

STEFAN COLLIGNON ist Professor für Europäische Politische Ökonomie an der London School of Economics.

Warnsignale aus Paris

So paradox es klingt: Frankreichs Wirtschaftserfolge sind mitverantwortlich für den Politschock, den das Land jetzt erlebt. Fast scheint es, als wäre das wachstumsschwache Deutschland dagegen immun

zerne und Banken privatisiert worden. Geschrumpft ist damit auch der früher dominierende Einfluss der Regierung auf die Lohnentwicklung im Land. Der Abbau von Subventionen beschleunigte derweil die Desindustrialisierung. Der Anteil der Industrie an der Privatbeschäftigung ist seit 1978 von 42 auf 26 Prozent gesunken. Der Beitrag der Industrie zur Wirtschaftsleistung liegt unter 20 Prozent; in Deutschland noch bei rund einem Viertel.

Stärker als in Deutschland macht sich in Frankreich zudem die Globalisierung bemerkbar – was womöglich auch erklärt, warum die Debatten darüber heftiger sind. Während der 90er Jahre haben viel mehr ausländische Firmen in Frankreich investiert als in Deutschland. Laut OECD arbeiteten Ende der 90er Jahre fast 30 Prozent aller französischen Industriebeschäftigten in Tochterfirmen ausländischer Unternehmen; in Deutschland waren es nur sechs Prozent.

Was hinzu kommt, ist stärkere Bevölkerungszunahme – und schließlich der Wandel am französischen Arbeitsmarkt, dessen Regulierung stärker gelockert wurde als in Deutschland. Derzeit werden fast drei Viertel

aller neuen Arbeitsverträge in Frankreich auf weniger als 18 Monate befristet. Der Anteil der Jobs, die durch Zeitarbeitsfirmen vermittelt werden, stieg seit 1982 von 0,7 auf 2,6 Prozent.

Den Trend hat auch Jospin nicht gestoppt – im Gegenteil: Kein Premier privatisierte so viele Unternehmen. Die Einführung der 35-Stunden-Woche wurde von den Betrieben zudem dazu genutzt, um den Produktivitätsdruck weiter zu erhöhen. Die Gewerkschaften akzeptierten zum Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung moderate Lohnabschlüsse.

Die Kehrseiten der Wachstumsdynamik

All dies hat zum einen dazu beigetragen, dass Frankreich wirtschaftlich dynamischer geworden ist – ein beeindruckender Erfolg. Die Kehrseiten gerieten bis zum jüngsten Wahlschock dagegen außer Acht. „Die Leute fühlen sich mit einem Job nicht unbedingt sicherer als ohne“, sagt Jean-Paul Fitoussi, Chef des Konjunkturinstituts OFCE. Ein Viertel der Beschäftigten arbeite heute in „instabilen Arbeitsverhältnissen“. Dazu komme, so der Soziologe Henri Rey, dass sich die Gewerkschaften als soziale Referenz weitgehend verabschiedet haben und die Globalisierung das Gefühl der Machtlosigkeit verstärke. Der Rechtsextreme Le Pen feiert indes die besten Ergebnisse in der Arbeiterschaft und in jenen Regionen etwa im Norden oder Osten, die früher von der Schwerindustrie geprägt waren.

Vor diesem Hintergrund ist es kaum verwunderlich, dass in Frankreich wirtschaftliche Erfolge und Protestwahl zusammentreffen. Und es wird verständlicher, warum Ähnliches in Deutschland (noch) nicht spürbar wird: Die Gewerkschaften funktionieren noch, wie die jüngsten Streiks zeigen; der Anteil unsicherer Jobs ist erst in jüngerer Zeit deutlicher gestiegen; und die Industrie hat nach wie vor eine dominante Rolle.

Fast scheint es, als hätte Deutschland mit ruhiger Hand den einfacheren Weg gewählt – zumindest politisch: Der Wandel ist weniger spürbar und hinterlässt weniger Widerspruch als anderswo. Nur: Ohne Wachstum und Abbau der Arbeitslosigkeit droht auch Deutschland auf Dauer der Polit-Schock.

Frankreichs nächste Regierung muss jetzt zeigen, wie sie enttäuschte Wähler wieder einfängt – ohne die ökonomische Dynamik zu zerstören. Wenn ihr das gelingt, könnte es nicht nur zum wirtschaftlichen, sondern auch zum sozialen Modellfall für Europa taugen.

Demonstranten gegen Le Pen schwenken in Paris die französische Nationalflagge

E-MAIL: fricke.thomas@ftd.de